



IG Metaller Ehlscheid:

„70 Euro Zusatzbeitrag – soweit darf man es nicht kommen lassen!“

Pforzheim, 20. Mai 2011: „70 Euro Zusatzbeitrag – soweit darf man es nicht kommen lassen. Die Politik muss umsteuern. Statt Versicherte einseitig mit immer höheren Zusatzbeiträgen zu belasten, braucht es solidarische Lösungen wie die Bürgerversicherung: Alle, auch die Besserverdienenden, rein in die gesetzliche Krankenversicherung heißt die Losung!“, sagte Christoph Ehlscheid, Bereichsleiter für Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall, gestern vor über 50 Betriebsräten seiner Organisation.

Der Metaller bezog sich auf die jüngst durch Berechnungen des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen ausgelöste Debatte um schnell steigende Zusatzbeiträge. „Da hilft dem neuen Gesundheitsminister Bahr auch kein Abwiegen. Wenn nichts geschieht, werden sich die Versicherten schon bald auf rasch steigende Zusatzbeiträge einstellen müssen. Und das ist kein Betriebsunfall, sondern politisch gewollt! Die Verantwortung dafür trägt die Bundesregierung mit ihrer völlig verfehlten Gesundheitsreform. Um die Arbeitgeber zu entlasten, müssen die Versicherten zukünftige Kostensteigerungen alleine tragen. Das ist nun mal die bittere Wahrheit.“

Bis Ende Mai besteht für viele Versicherte noch die Möglichkeit, sich an den Sozialwahlen zu beteiligen. Ehlscheid rief die Versicherten auf, ihr Wahlrecht bei den Sozialversicherungen zu nutzen: „Wer dort, wo Urwahlen stattfinden, nicht abstimmt, der muss damit leben, dass in seiner Krankenkasse Leute über Zusatzbeiträge entscheiden, die mehr den Lobbyinteressen der Pharmaindustrie oder der Versicherungswirtschaft verpflichtet sind, als dem Wohl der Versicherten.“

Damit das nicht geschehe, kandidiere die „IG Metall etwa bei den großen Ersatzkassen wie Barmer GEK und Techniker Krankenkasse mit eigenen Listen unter dem Motto: Solidarität kann man wählen!“